

## Fortwirkende Maßnahmen der Regierung Modrow

Diese Themenstellung enthält einen prognostischen Akzent, der zunächst grundsätzlich bedacht sein will. Prognosen – so hat der große dänische Physiker Niels Bohr gesagt – sind immer riskant, besonders dann und weil sie sich auf die Zukunft beziehen! Wieviel mehr gilt das für den Sozialwissenschaftler. Und wieviel mehr gilt es für den Sozialwissenschaftler, der von den Finalitäten respektive Gesetzmäßigkeiten von Geschichte nicht zu überzeugen ist, der vielmehr davon überzeugt ist, daß der Zusammenbruch der sowjet-sozialistischen Systeme gerade in diesem Irrglauben an eine Doktrin der Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsablaufes begründet ist. Sie sehen, ich möchte mich selber bewahren vor der Überzeugung, daß es leicht wäre, irgendetwas (absolut) Gesichertes über die zukünftige Wirkung auszusagen. Dennoch will ich es versuchen.

Das Thema enthält aber nicht nur prognostische Versuchungen und Gefährdungen. Es ist darin von „Maßnahmen“ die Rede, das soll heißen: von Anordnungen, Entscheidungen mit oder ohne Gesetzesform, von Vereinbarungen, von Verträgen verschiedenster Art, von Verordnungen etc., die beschlossen bzw. geschlossen worden sind. Als solche kommen in Betracht:

- a) Von der Regierung Modrow erlassene Rechtsakte, die über den 3. Oktober 1990 hinaus Gültigkeit behalten haben (z. B. Bestimmungen über die Zulassung von Rechtsanwälten, die Führung akademischer Titel etc.), das heißt, die durch den Einigungsvertrag explizit durch Aufführung in Anlage II des Vertrages übernommen worden oder auch implizit dadurch, daß sie nicht genannt wurden, bestätigt worden sind.
- b) Rechtsakte oder Verordnungen der Regierung Modrow, die zwar durch die Regierung de Maizière oder durch den Einigungsvertrag aufgehoben wurden, deren Rückabwicklung aber nicht oder kaum möglich bzw. noch im Gange ist (z. B. der noch im einzelnen von mir anzusprechende Freibrief zur Reinigung von Kaderakten, die Vernichtung von MfS-Unterlagen, Gesetze über Grundstücks- oder Firmenverkäufe, -vermögen).
- c) Allgemeine politische Maßnahmen und Strategien der Regierung Modrow, die den Verlauf des Umbruchs beeinflußt haben (z. B. das Vorziehen des Wahltermins mit immensen Folgen für die gesamte politische Landschaft in der DDR und damit auch über die DDR-Zeit hinaus, Einbindung

der Oppositionsgruppen, insbesondere der SPD, in die „Regierung der nationalen Verantwortung“).

Historiographisch gesehen ist es noch viel zu früh, endgültig Gesichertes sagen zu können.

Dennoch wollte ich dieser Kommission keine Absage geben, aus Gründen, die der Vorsitzende eben hier schon z.T. genannt hat. Ich wollte mir das nicht leisten, eben weil es nach meiner Überzeugung darum geht, der Wahrheit des Vergangenen auf jeder Stufe, also auch auf nur vorbereitender Stufe, auf der Spur zu bleiben, weil dies die Wahrheitsfähigkeit für die Zukunft sichert und die Voraussetzung dafür ist – das kann nicht nachhaltig genug auch zur Verteidigung der Arbeit dieser Kommission gegenüber manchem, der da anderes im Sinne hat, hervorgehoben werden. Dies ist eine immer und immer wieder von wissenschaftlicher Seite zu wiederholende Maxime, zumal nachdem der in Osteuropa und in Mitteleuropa erfahrene Sozialismus letztlich an seinem „Leben in der Lüge“ (Václav Havel) zugrunde gegangen ist. Das ist der letzte Grund. Der Wissenschaftler kann nicht durchgehen lassen, daß dies – dieses Nachfragen nach der Wahrheit – zu einer Frage des „ethischen Rigorismus“ deklariert und insoweit auch degradiert wird. Es ist vielmehr auch sehr pragmatisch eine Frage des besseren sozialen und ökonomischen Lebens, das mit der Wahrheit zu gewinnen ist. Und deshalb darf, wer sich dem Bemühen stellt, den rauchenden Colts hinter dem Qualm auf die Spur zu kommen, sich nicht verblüffen lassen damit, daß ihm „ethischer Rigorismus“ unterstellt wird. Es ist vielmehr darüber hinaus auch eine Frage der Politik, eine Frage der Zukunftsgestaltung.

Ich wollte dieser Kommission auch deshalb keine Absage erteilen, weil nach meiner Überzeugung die derzeitige Spurensicherung über das unmittelbar Vergangene Voraussetzung für die Ergiebigkeit der weiteren Historiographie ist. Das ist der Punkt, den Herr Eppelmann eben schon erwähnte. Außerdem, weil nach meiner Überzeugung die unmittelbar bevorstehenden wie die langfristigen politischen Probleme der Bundesrepublik Deutschland auf einigen der Maßnahmen der Regierung Modrow (wie im übrigen selbstverständlich auch der Regierung Kohl) fußen und weil schließlich die Politik gut daran tut, sich dieser „Maßnahmen“ zu vergewissern, um darauf reagieren zu können.

Insoweit weiß ich mich heute primär als Citoyen gefordert, der sich gezwungen sieht, vorab mit Nachdruck auf die grundsätzlichen Grenzen und Schwierigkeiten des Wissenschaftlers im Umgang mit dem Thema aufmerksam zu machen. Der Politiker muß auch dort noch entscheiden, wo der Wissenschaftler keine Gewißheit mehr haben kann. Zu den Pflichten des Wissenschaftlers gehört es gleichwohl und gerade deshalb, die seiner Analyse zugänglichen Fragen zu stellen. Um Fragen, um Hypothesen geht es mir heute im folgenden in allererster Linie.

Vorab sei des weiteren klargestellt: Ich werde hier nicht Modrow als *Person* zur

Diskussion stellen. Das kann ich nicht, und das darf nach meiner Auffassung auch nicht Aufgabe dieser Kommission sein. Hier geht es um die Regierungen Modrow und de Maizière, in meinem Falle also, wenn überhaupt, dann um den Funktionsträger Hans Modrow.

Herr Siebenmorgen, der Referent nach mir, und ich haben uns dahingehend verständigt, daß ich die eher theoretischen Aspekte behandeln werde und bestimmte Einzelprobleme eher nur zur Illustration heranziehe, während er sich diesen Einzelmaßnahmen schwerpunktmäßig zuwenden wird – darunter insbesondere den Stichworten, die Herr Eppelmann schon benannt hat – „Treuhand“, „Staatssicherheitsdienst“, aber auch „KoKo“, „Instrumentalisierung der Justiz“ und anderen Themen.

Die erste und wichtigste Hypothese meines Beitrages soll lauten:

Das SED-, SED/PDS- und PDS-Mitglied Hans Modrow sowie Hans Modrow, der Vorsitzende des Ministerrates, der Chef zweier Regierungen der DDR, war (und ist) Protagonist der Verschleierung der Wahrheit des DDR-spezifischen Totalitarismus. Diese Aussage gilt mutatis mutandis auch für seine Regierungen. Verharmlosung des DDR-Totalitarismus hat weitreichende und durchaus nicht harmlose Fortwirkungen.

Dieses ist meine wichtigste These zur Fortwirkung von Modrow als Person und seinen Regierungen, die ich hiermit zur Diskussion stelle. Alle anderen lassen sich nach meiner Auffassung darunter subsumieren.

Die Gegenfragen zur Überprüfung meiner Hypothese lauten:

1. War die DDR ein totalitäres System? Wenn ja: in welchem Sinne?
2. Wollte Hans Modrow, wollten die Regierungen Modrow einen radikalen Umbruch, eine Transformation des Systems der DDR? Wenn nein: was wollten sie dann?
3. Inwieweit handelte Modrow allein? Wenn nein: In welchem Umfange sind ihm und/oder seinen Regierungen Verantwortung zuzuweisen?

#### *Ad 1: „Totalitarismus“*

Die DDR ist für mich (den Ernst-Fraenkel-Schüler und den Ernst-Fraenkel-Assistenten) zweifelsfrei ein totalitäres System gewesen, insofern fast der ganze Katalog der Kriterien zur Kennzeichnung totalitärer Systeme in diesem System realisiert war. Nun bin ich sehr engagiert, diesen Katalog hier vorzulesen, weil ich der Auffassung bin, daß man sich alles noch einmal ins Gedächtnis rufen muß, was ein totalitäres System ausmacht:

- Beherrschung des Staates durch die alleinregierende Partei,
- entscheidende Bedeutung einer spezifischen Ideologie für diese Staatspartei,

- staatlich geförderte Ideologisierung der Gesellschaft,
- Zwangserfassung der Gesellschaft in den einzig legalen staatlichen Institutionen und Organisationen, was gesellschaftliche Atomisierung zur Folge hatte,
- staatliche Instrumentalisierung von Teilen des kulturellen Erbes bei gleichzeitiger Eliminierung 'unbequemer' Traditionen und kultureller Einrichtungen,
- staatliche Kontrollen über die Gesellschaft sowie deren Überwachung, die nicht zuletzt durch eine einzigartig aufgebaute Geheimpolizei erfolgten,
- diffuse Entscheidungsstrukturen innerhalb der Staatspartei und des Staates,
- Verstaatlichung der Wirtschaft (inbegriffen – in Sowjetrußland – Abschaffung des Privateigentums),
- als willkürlich erscheinender Staatsterror, der zur Vernichtung von Tausenden, Hunderttausenden und Millionen Menschen führte.

Es ist wichtig, daß wir uns aller dieser Kriterien selbst hier im Kreise der Experten noch einmal vergewissern. Denn so sehr diesen auch im einzelnen (bis auf das letzte) nur zugestimmt werden kann, so wenig sind immer noch allzuviele nicht bereit, daraus den einzig möglichen Schluß zu ziehen, daß auch die DDR ein totalitäres Regime war. Bezogen auf das zweite und dritte der aufgeführten Kriterien sind die vielen Arglosen daran zu erinnern, daß Modrow von 1967 bis 1971 Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Berlin und von 1971 bis 1973 Leiter der Abteilung Agitation des Zentralkomitees der SED war. Das erlaubt die Frage, wie naiv wir daran gehen dürfen, seine Maßnahmen und seine Politik zu beurteilen. Ich will nur diesen Aspekt totalitärer Systeme hervorheben, diese beiden Punkte, die nämlich darin bestehen, daß von entscheidender Bedeutung eine spezifische Ideologie der Staatspartei ist und die staatlich geförderte Ideologisierung der Gesellschaft. Nur diese beiden Kriterien des Totalitarismus will ich hier, bezogen auf den Funktionsträger Hans Modrow, sowie die Regierungen Modrow, benennen, ansonsten gebe ich den Katalog dessen, was Totalitarismus ist, gerne noch einmal schriftlich zu den Akten hier. Aus Zeitgründen werde ich ihn aber nicht vortragen.

*Ad 2: Wollte Hans Modrow ein graduell verändertes oder ein essentiell anderes System?*

Sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der allgemein öffentlichen Diskussion werden den Begriffen „Wende“, „Revolution“, „Transition“, „Trans-

formation“ und „Umbruch“ unterschiedliche Bedeutungen beigemessen. Für die Argumentation dieses Beitrages sei verstanden:

*Wende* als eine umfassende, aber letztlich systemkonforme, immanente Reform, zugespitzt und etwas polemisch pointiert: Kohl wollte sie und Krenz propagierte sie.

*Revolution* als eine „grundlegende qualitative Umgestaltung der Gesellschaft als Ganzes“ im Sinne des Marxismus-Leninismus. So ist es im folgenden hier gemäß dem „Kleinen Politischen Wörterbuch“ in der DDR angewandt in meiner Analyse.

*Transition* als eine Demokratisierung nur der *politischen* Organisation eines bis dahin diktatorischen Staates mit einer in der Regel marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. Dieser Begriff kommt aus der Südeuropaforschung.

*Transformation oder Umbruch* als eine radikale Umwandlung sowjetsozialistischer Diktaturen in freie, marktwirtschaftlich organisierte Staatsformen des Typs „westliche Demokratie“.

Es erschien mir notwendig, diese Begriffe zu klären, bevor ich im weiteren damit umgehe und der Frage nachgehe: Was wollte Hans Modrow?

Auf dieser Skala – so meine Verkürzung – hat Modrow eher die „Wende in der DDR“ (im Sinne von Gorbatschows Buch „Perestroika“) denn die Transformation der DDR zu einer bürgerlichen Zivilgesellschaft (im Sinne Václav Havels) im Auge gehabt. „Im Auge gehabt“ sage ich vage, denn es ist für mich noch nicht klar, inwieweit Modrow (mitsamt seinen Regierungen) das, was er schließlich an Reformen verkündete, jeweils auf eigene Initiative und „konzeptionell orientiert“ oder wegen des Drucks der Verhältnisse, gleichsam „empirisch inspiriert“, unternahm – „nach vorne korrigierte“, um eine typische Formulierung von Modrow zu verwenden, die in verschiedenen Variationen auch immer wieder in seinem Buch „Aufbruch und Ende“ und in seinen verschiedenen Interviews auftaucht. In seiner ersten Regierungserklärung vom 17. November 1989 hieß es:

„Der Wille zur Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates hat Millionen Bürger erfaßt und ist so zur politischen Gewalt geworden. Politische Parteien und gesellschaftliche Gruppierungen sind selbstbewußtorgetreten. Dem Volke der DDR, das einen guten Sozialismus will, wird diese Regierung verpflichtet sein.“

Und er hat überhaupt keinen Zweifel daran gelassen: Er wollte einen „guten Sozialismus“, einen reformierten Sozialismus im Sinne von Gorbatschows Buch „Perestroika“. Daran hat er auch im nachhinein, nach seiner Regierungszeit, immer noch festgehalten. Auch im nachhinein in seinem Buch „Aufbruch und Ende“ formuliert er als Ziel der ersten Regierung Modrow: „Sie war auf eine demokratische Umgestaltung des Sozialismus und den Fortbestand der DDR, bei Neugestaltung ihrer Beziehungen zur BRD, gerichtet.“

Insbesondere der Regierungschef Modrow hat – für mich zweifelsfrei – einen beachtlichen Beitrag zur Friedlichkeit des Winters 1989/90 geleistet – für die Friedlichkeit des Umbruchs in der DDR und insoweit vielleicht sogar für den Friedenserhalt in Europa insgesamt. Er hat ganz gewiß auch seinen Beitrag dazu geleistet, daß wir hier miteinander – ich mit Herrn Hilsberg und anderen – zusammensitzen können und auch mit Modrow hätten zusammensitzen können – ich hätte mich sehr darauf gefreut –, um Themen dieser Art zu diskutieren.

Die Strategie, die Gewaltfreiheit zu gewährleisten, hatte aber einen gewaltigen, einen großen Preis:

- den Preis der Verschleierung der Verantwortung bzw. Mitverantwortung für alle Formen des spezifischen DDR-Totalitarismus;
- den Preis der Verschleierung der Verantwortung bzw. Mitverantwortung für den ökonomischen und sozialen Bankrott der DDR.

Es gab, wie schon angedeutet, zwei Regierungen Modrow:

1. Die Koalitionsregierung mit den Parteien des Zentralen Demokratischen Blocks vom 18. November 1989 bis zum 5. Februar 1990, faktisch eigentlich nur bis zum 28. Januar 1990.
2. Die „Regierung der nationalen Verantwortung“ vom 5. Februar (faktisch vom 28. Januar) bis faktisch zum 18. März 1990.

Es wird zu fragen sein, ob da noch eine Differenzierung möglich ist in bezug auf die Geschäftsführung. Da bin ich mir noch nicht sicher. Ich will es hier nur eben andeuten.

Noch ist keineswegs ausgemacht, welche dieser beiden Regierungen größere, soll heißen die letztlich bedeutsameren der fortwirkenden Verschleierungsleistungen erbracht hat: die Koalitionsregierung oder die „Regierung der nationalen Verantwortung“, die ich in diesem Zusammenhang der Kürze und der diskursiven Provokation halber als die „Regierung des Runden Tisches“ charakterisiere, in der die Oppositionellen, die sehr, sehr differenziert zu betrachten sind, vertreten waren und von denen Sie hier wahrscheinlich schon sehr, sehr viel mehr erfahren haben, als ich weiß. Aber das ist die These, die zu untersuchen ist, ob nicht ironischerweise, paradoxerweise und vielleicht sogar tragischerweise ausgerechnet jene der beiden Regierungen Modrow, nämlich die zweite, in der die Oppositionellen schließlich in der Regierung waren, die größere Verschleierungsleistung mit zu tragen hatte oder getragen hat.

In meinem Buch über den Runden Tisch und in der dieser Kommission vorgelegten Expertise über diese Zeit habe ich gezeigt, daß zumindest die erste Regierung Modrow – alle Koalitionspartner, alle Blockparteien eingeschlossen – nicht bereit war, das Hauptinstrument des DDR-Totalitarismus, den Staatssicherheitsapparat als offiziellen Apparat kompromißlos aufzulösen. Es kann und muß gesagt werden, daß Modrow sich darin mit den Blockparteien bis zum 8. Januar 1990 durchaus einig war. Daß die Auflösung dennoch

geschah, ist eines der Verdienste der Opposition des Runden Tisches. Die Opposition, nicht die Koalitionsregierung Modrow, hat das Instrument und die Raison d'être des Staatssicherheitsstaates DDR überwunden.

Dafür zahlten aber gerade sie, die Opposition des Runden Tisches, und der Runde Tisch insgesamt einen hohen und durchaus fortwirkenden Preis. (In Klammern will ich hier hinzufügen, weil ich das aus Zeitgründen nicht diskutieren kann: Inwieweit die Opposition diesen Preis bewußt zahlte und inwieweit sie gutgläubig eine – wie? – schwere Hypothek aufnahm, ist eine der Fragen, die sehr gründlich untersucht und differenziert beantwortet werden muß. Die Tendenz scheint mir dahin zu gehen, daß die Opposition der Regierung Modrow gelegentlich leichtfertig Blanko-Schecks ausstellte.)

Für den Zentralen Runden Tisch der DDR gab es kein Parlament zu ersetzen, erst recht kein Parlament zu ergänzen, welches diesen Namen verdiente. Für ihn galt vielmehr, Parlamentarismus überhaupt erst zu ermöglichen. In dieser Funktion repräsentierte der Zentrale Runde Tisch in Berlin den Typus einer Transformationsinstitution zur Überführung eines totalitären in ein demokratisches, parlamentarisches System.

Ziel und Zweck des funktionierenden Parlamentarismus ist die Möglichkeit, diejenigen zur politischen Verantwortung zu ziehen, die kraft ihrer Legitimierung durch die demokratisch ermittelte und rechtsstaatlich begrenzte Mehrheit zur verbindlichen Entscheidung für alle ermächtigt und beauftragt sind.

Transformationsinstitutionen wie der Runde Tisch und die Regierung der nationalen Verantwortung fungieren unter anderen Voraussetzungen. Mein Hauptpunkt ist der, daß sie vorgespiegelt haben, daß sie schon in der Phase, die ich eben geschildert hatte, in einer funktionierenden Möglichkeit, Verantwortung einzuklagen, sich befänden. Sie sind – wie der Berliner Zentrale Runde Tisch – zumindest zunächst nicht demokratisch legitimiert, und sie stehen unter dem „kategorischen Imperativ des Mitmachens“, andernfalls es zu Gewalt bzw. in der DDR zu weiteren Ausreisen kommt. In dieser Not- und Erpressungslage kann ihr Ziel und Zweck noch nicht das Einklagen und die Einlösung der politischen Verantwortung ex post im Sinne funktionierender parlamentarischer Systeme sein, sondern zunächst nur die zukünftige Ermöglichung von Verantwortung überhaupt durch Wahl, die Ermöglichung freier Wahlen. In diesem – alle anderen Intentionen überragenden – Ziel errang der Zentrale Runde Tisch der DDR letztlich einen vollständigen Erfolg.

Transformationsinstitutionen wie der Zentrale Runde Tisch operieren aber unter einer Reihe von Fiktionen (und diese Fiktionen bedingen den Preis, den die Oppositionellen zu entrichten hatten):

- der Fiktion, daß bereits eine Situation erreicht sei, in welcher die einst erklärten Feinde der „bürgerlichen“ Demokratie sich zweifelsfrei zu parlamentarischen Gegnern gewandelt hätten;

- der Fiktion, daß bereits eine Lage erreicht sei, in welcher zweifelsfrei die Norm und nicht die Macht die Grenzen der Handlungsmöglichkeiten bestimmt, in welcher also keine erpresserischen Drohungen mit Gewalt gegenüber den widerständigen Oppositionellen durch die Mächtigen vorgebracht werden können;
- der Fiktion, daß die am Runden Tisch versammelten Akteure prinzipiell chancengleich verhandeln;
- der Fiktion, einer weithin vertretenen rousseauistisch-marxistisch inspirierten Fiktion, daß am Runden Tisch Beschlüsse nur im Konsens aller Akteure zu fassen sind oder gefaßt werden.

Das bewußte Postulieren und nach Möglichkeit das Praktizieren solcher Fiktionen war eine Voraussetzung für die Friedlichkeit, für die Gewaltlosigkeit des Transformationsprozesses. Tatsächlich garantierte die *Realität dieser Fiktionen* die Basis aller anderen Erfolge des Runden Tisches und aller anderen Erfolge der Regierung der nationalen Verantwortung, nämlich die Gewaltlosigkeit.

Dafür mußten die Oppositionellen allerdings einen hohen Preis entrichten:

Zusammen mit der noch nicht einlösbaren Verantwortung im Sinne des Parlamentarismus waren die Realität und die Pflege dieser Fiktionen eine vorzügliche Voraussetzung dafür, daß die politisch Verantwortlichen für die Unterdrückung in der DDR und für den Bankrott der DDR unter Führung von Modrow, des „Meisters des geordneten Rückzuges“, der Auseinandersetzung mit ihrer Verantwortung sowohl politisch als auch gesellschaftlich ausweichen konnten. Das war die Konstruktion, das war die Realität dieser Fiktion. Das war die Voraussetzung für dieses Ausweichen vor der eigenen Verantwortung für das Vergangene.

Dies ist, wie gesagt, das wichtigste Ergebnis meiner Erkenntnisse und Überlegungen.

Die erst danach, meines Erachtens in der Rangfolge danach, zu diskutierenden, aber in der allgemeinen Auseinandersetzung im Vordergrund stehenden fortwirkenden Maßnahmen – nämlich einige der bereits angedeuteten Gesetze und Verordnungen – sind eher taktisch-technischer Ausfluß der aus dieser grundsätzlichen These folgenden Strategie.

- Zu denken ist dann als eine solche Einzelmaßnahme in diesem Zusammenhang z. B. an den sogenannten „Modrow-Erlaß“, die „Verordnung zur Arbeit mit Personalunterlagen“, wie es camouffierend in der Verordnung vom 22.2.1990 heißt, welche der Nomenklatur die eigenhändige Säuberung der Kaderakten erlaubte.
- Zu denken ist daran, daß es der Nachfolgepartei der SED (in welcher selbstverständlich kollektive Verantwortung und Solidarität zu den obersten Maximen zählten und welche selbstverständlich vollständig verantwortlich



ist für Unterdrückung und Ausplünderung in der DDR) gelungen ist, auf nahezu allen Feldern – von den Lehrern bis zu den höchsten Richtern – die Umkehrung der Beweislast durchzusetzen und diese in den bürgerlichen Rechtsstaat bzw. das wiedervereinigte Deutschland hinüberzuretten: Pauschale Entlassungen belasteter Funktionäre des totalitären Regimes wurden verhindert. Es wurde erreicht, daß nicht die politische Mitverantwortung, sondern allein rechtlich einschlägige und nachzuweisende Verfehlungen des einzelnen im Einzelfalle zählen sollen – und dies angesichts insoweit wenigstens mitzuverantwortender partieller Aktenvernichtung und einem regierungsseitig ausgestellten Freibrief zur individuellen Aktensäuberung.

Es gibt für mich nach dem Studium des Wortprotokolls insbesondere der 14. und 15. Sitzung des Zentralen Runden Tisches in der zweiten Februarhälfte des Jahres 1990 einigen Anlaß zu der Hypothese, daß die Transformation – das soll hier heißen: eine Befreiung von kommunistischer Unterdrückung, Bevormundung und Benachteiligung – ausgerechnet am Runden Tisch „ausgebremst“ wurde: Wieweit und wer entlassen und zur Rechenschaft gezogen werden dürfe, wurde dort, am Runden Tisch, definiert. Dort wiederum gaben jetzt die Minister der Regierung Modrow den Ton an. Dort, in der „Regierung der nationalen Verantwortung“, die insoweit auch als „Regierung des Runden Tisches“ charakterisiert werden kann, wurden Ende und Ausmaß der Expropriation der ehemaligen Expropriateure definiert, dort kam die Transformation zum Stillstand.

Darin liegt die entschiedene Fortwirkung der „Maßnahmen der Regierungen Modrow“, insbesondere der zweiten Regierung Modrow. Wenn diese Hypothese bestätigt werden sollte, dann wird die „Fortwirkung“ der Regierungen Modrow insbesondere durch jene Maßnahmen charakterisiert, die sie nicht vollzogen hat.

Konkrete Maßnahmen wie die o.g. Gesetze und Verordnungen dürften nur einzelne in einer Reihe von z.T. auch noch nicht erkennbaren Zusammenhängen sein. Umfangreiche policy-Analysen vermöchten das volle Ausmaß solcher Gesetze, Verordnungen, Vereinbarungen und sonstiger Maßnahmen aufzudecken. Dazu müßten z. B. die Gesetzgebungspläne der ersten und zweiten Regierung Modrow verglichen werden mit Initiativen der Volkskammer und des Runden Tisches bzw. mit jenen Initiativen, die diesen Institutionen vorgelegt wurden. So erinnere ich mich der Zahl von 42 Gesetzesvorlagen, die in einem „Gesetzgebungsplan“ der ersten Regierung Modrow enthalten sein sollen. Meines Wissens ist ein solcher Plan als Ausgangspunkt möglicher Analysen noch nicht verfügbar.

Zu untersuchen wäre auch, ob die besonders problematischen der fortwirkenden Maßnahmen, darunter auch solche Maßnahmen, die schon im Einigungsvertrag korrigiert wurden, inhaltlich spezifisch in besondere Phasen des Transformationsprozesses fallen. Es gibt einige – wie ich meine, hochinteressante –

Zeitaspekte für bestimmte Themen, eine Art „Dynamik der Tabuisierung“, die für unterschiedliche Institutionen unterschiedlich bedeutsam sein dürfte. Zu diesem Aspekt der zeitlichen Dynamik zählen folgende Zusammenhänge und Fragen:

1. Bis zu welchem Zeitpunkt war z. B. die SED, z. B. die Kirche noch – einerseits subjektiv, andererseits objektiv – genötigt bzw. legitimiert, Fragen der politischen Verantwortung aus Gründen der Wahrung der Gewaltfreiheit zu tabuisieren, möglichst zu umgehen? Anders formuliert: Bis zu welchem Zeitpunkt *mußte* wer sich dem von Modrow und de Maizière äußerst geschickt instrumentalisierten „kategorischen Imperativ des Mitmachens“ beugen? Mußte er mitmachen? Ganz besonders deutlich wird das in dem Zusammenhang, in dem die SPD für die „Regierung der nationalen Verantwortung“ vereinnahmt wurde.
2. Dubiose, fortwirkende eigentumsrechtliche und vermögensrechtliche Absicherungen und Privilegierungen fallen ausgerechnet in die Zeit der „Regierung der Nationalen Verantwortung“. Hierzu zählen etwa die Grundstücksgesetze vom 6. und 7. März 1990, denen zufolge die Nutzer fremden Eigentums, zumeist Privilegierte des alten Systems, einen Freibrief zum Erwerb dieser Grundstücke erhielten. Aus der Sicht manchen DDR-Bürgers mochte die DDR bis zum Zeitpunkt der Erkenntnis der bevorstehenden deutschen Einigung ein in Eigentumsfragen (vielleicht nicht nur in diesen?) nach den eigenen Gesetzen noch vergleichsweise kalkulierbarer und nach bürgerlichen Maßstäben insoweit „anständiger“ Staat gewesen sein. Von nun an setzte er seinen bisherigen Unrechtstaten in Eigentums- und Vermögensfragen noch einiges „obendrauf“.

Gemeint sind hier

- das Gesetz über die Übertragung volkseigener landwirtschaftlicher Nutzungsflächen an die LPG vom 6. März 1990 (GBl. Teil I, Nr. 17, Ausgabe vom 16. März 1990, S. 135);
- das Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude vom 7. März 1990 (GBl. Teil I, Nr. 18 vom 19. März 1990, S. 157), dort insbesondere der § 4.

Und zu fragen ist natürlich – aber das ist nicht meine, sondern Herrn Siebenmorgens Aufgabe –, inwieweit die Gesetze dieser beiden Regierungen und dann später auch selbst der Regierung de Maizière noch Voraussetzungen für die Ermöglichung oder für die Erleichterung von Kriminalität der verschiedensten Art waren.

3. Vielleicht steht manchem der Oppositionellen – wie mir auch, muß ich sagen – bei genauerer Analyse der Zeitdimensionen noch eine weitere bittere Erkenntnis bevor. Die umfassende, aber noch ausstehende policy-Analyse könnte nämlich ergeben, daß die Mehrzahl der Gesetze zur

Verschleierung vorangegangener Verantwortung und zur Absicherung, ja Privilegierung der ehemals schon Verantwortlichen und Privilegierten ausgerechnet erst dann möglich wurde, als sie, die Oppositionellen, in die Regierung der Nationalen Verantwortung eingetreten waren. Daß diese Regierung im wesentlichen ein Werk von Modrow war, meine ich in meinem Buch über den Runden Tisch dargestellt und in der separaten Expertise für diese Enquete-Kommission an einigen Stellen auch deutlich gemacht zu haben. Dies ist ja auch kein Geheimnis. Modrow selbst hat es in seinem Buch und in weiteren Interviews sehr deutlich gemacht.

Gestatten Sie mir zum Abschluß eine notwendige Frage: Warum ist es wichtig, die Verantwortlichkeiten zu klären? Die allgemein gültige Antwort mag sich mit dem Hinweis auf die grundsätzliche Gefährlichkeit von Legenden begnügen. Im Falle der Nachfolge-Organisationen des sowjetsozialistischen Totalitarismus, also auch im Falle des DDR-Totalitarismus, den ich darunter subsumiere, kann diese Gefährlichkeit mit Leszek Kolakowski als „polnische Lektion“ wie folgt spezifiziert werden:

„Die Geschichte läßt keinen Zweifel daran: Was immer auch in welchem Land zur Abmilderung totalitärer Diktaturen geschehen ist, ist ausgegangen vom Druck der Gesellschaft, von Widerstand und Kämpfen, nie von Selbstkorrekturmechanismen des Staates.“ – Es ist mein großer Respekt gegenüber den Oppositionellen, die diesen Sturm und dieses geleistet haben. – Weiter heißt es: „Unweigerlich zeigte Staat und herrschende Partei die Tendenz, solche Veränderungen aufzuheben, sobald sie sich wieder stark genug fühlten.“ Soweit Kolakowski.

Ich denke, in meinem Buch und in meiner Expertise für diese Enquete-Kommission nachgewiesen zu haben, daß auch die deutschen Kommunisten, Hans Modrow eingeschlossen, sich nur gemäß diesem Muster – jetzt zitiere ich Hans Modrow – „nach vorne korrigierten“.

Die fortgesetzte Tabuisierung und Verharmlosung des Totalitarismus der DDR, zu welcher Hans Modrow – ob subjektiv redlich (was anzunehmen ich bereit bin) oder nicht, ob aktiv oder instrumentalisiert, ist belanglos – als Symbolfigur bestens zu dienen vermag, wäre indessen fortwährend fatal. Die Verschleierung und Tabuisierung, Verharmlosung oder gar Euphemisierung der Verantwortung der SED und ihrer Nachfolge-Organisationen stützt nämlich die Legende vom lediglich autoritär bzw. am Ende unfähig und teilweise in Korruption entgleisten Staat der DDR.

Wäre dem nur so gewesen, so hätte es zum Vollzug der Transformation nur einer Demokratisierung des politischen Systems der DDR bedurft. Alle danach auftauchenden Schwierigkeiten würden sodann in die Verantwortung der nunmehr Regierenden fallen. Die ehemals Verantwortlichen könnten – logisch vollkommen legitimiert – als die Kontrolleure, die Anwälte, die Mahner für Gerechtigkeit auftreten und in dieser Pose – mit dieser Legende –

---

sogar auf ihre Stunde zur Rückkehr in die Koalition zur nunmehr demokratisch legitimierten Macht hinarbeiten.

Die Wirklichkeit der DDR war aber eine gänzlich andere. Die immensen Schwierigkeiten der Transformation der DDR sind – in den ostmitteleuropäischen Staaten ist dies noch deutlicher sichtbar als in der DDR – wesentlich gerade darauf zurückzuführen, daß dort, in der DDR, von der SED zuvor Totalitarismus durchgesetzt worden war. Mit der bloßen Demokratisierung des politischen Systems war und ist es infolgedessen nicht getan, wenn die Transformation gelingen und vollendet werden soll. Die darüber hinaus zu bewerkstelligende Enttotalisierung aller Bereiche der Gesellschaft erweist sich als die immer noch notwendige, aber überaus komplexe und langwierige Fortsetzung der Befreiung der Menschen in den fünf neuen Ländern.

Diesen Zusammenhang zu negieren und daraus politisches Kapital geschlagen zu haben und noch schlagen zu können, kommt einer fortwirkenden Tätigkeit durch Unterlassung seitens des SED-, SED/PDS-, PDS-Mitglieds Modrow sowie der beiden Regierungen Modrow und der heutigen PDS gleich – einer Unterlassung, die meines Erachtens schwerer wiegt als alle ansonsten kritisierten Maßnahmen, die die Regierung Modrow tatsächlich positiv umzusetzen vermochte.